



## Der Info-Brief des SPD-Landtagsabgeordneten **Georg Nelius**

**Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,  
liebe Genossin, lieber Genosse,**

Erst der Kassensturz, dann der Nachtragshaushalt, und beides noch vor der Sommerpause: Mit diesem klaren Fahrplan hat die grün-rote Koalition zahlreiche Eckpunkte für ihre weitere Politik gesetzt.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat nach Angaben von Finanzminister Nils Schmid (SPD) rund 65 Milliarden Euro Schulden hinterlassen. Zu den größten Erblasten der Vorgänger gehören laut Schmid auch 68 Milliarden Euro ungedeckte Pensionsverpflichtungen und drei Milliarden Euro Sanierungsstau bei Landesgebäuden und -straßen.

„Wenn das ein bestelltes Haus ist, sind Käsespätzle ein Diätgericht“, sagte Schmid am Mittwoch im Landtag. Er warf der Vorgängerregierung vor, Staatsvermögen „verfrühstückt“ zu haben und über Jahre hinweg den Sanierungsstau des Landes ignoriert zu haben. Im Zuge seiner Regierungserklärung kündigte er eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung in Verbindung mit Investitionen an: „Beides zusammen ist die Grundvoraussetzung für eine solide Basis einer erfolgreichen Zukunft.“

Die Schuldenlast zeigt, dass die alte Landesregierung von der Substanz gelebt habe. Bei der Investitionsquote liege Baden-Württemberg unter dem bundesweiten Durchschnitt. „Eine solide vorausschauende Finanzpolitik sieht anders aus“, kritisierte Georg Nelius (SPD). Für anstehende Pensionslasten seien keine Rücklagen gebildet worden. „Das ist schon eine besonders schwere Hypothek in die Zukunft!“, so Nelius.

Rund 20 Millionen Euro wollte die alte Regierung durch globale Minderausgaben einsparen, allerdings hat sie vergessen, dafür auch die notwendige Rechtsgrundlage zu schaffen. Im Februar wurde das Thema zwar im Landtag behandelt, aber erst jetzt wurde man aufmerksam: „Das haben wir erst während der Koalitionsverhandlungen erfahren“, kommentierte Nelius.

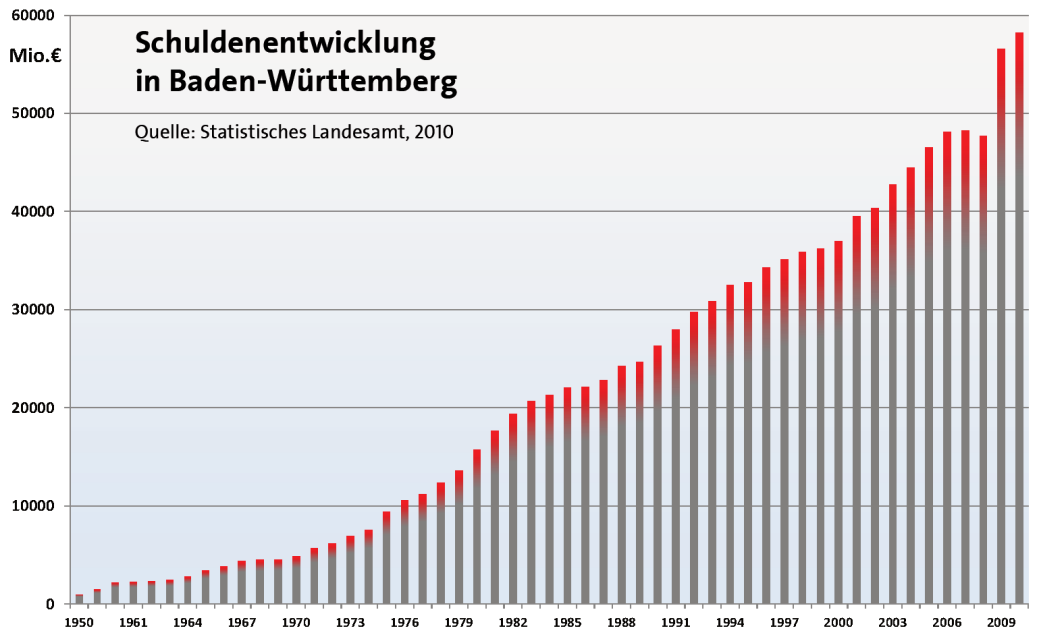
Auf der Basis des Kassensturzes wird noch vor der Sommer-

pause der Nachtragshaushalt im Landtag verabschiedet. Finanzminister Schmid betont, dass der Nachtragshaushalt nötig sei, um „die Handlungsfähigkeit der neuen Regierung“ sicherzustellen. Ein erheblicher Teil der Steuermehreinnahmen fließe in die Absenkung der Neuverschuldung, hieß es. Die von Schwarz-Gelb noch vor der üppig ausgefallenen Mai-Steuerschätzung geplante Neuverschuldung von 810 Millionen Euro werde um 260 Mio. € abgesenkt,

Kein Abbau von Lehrerstellen, mehr Polizisten, ein höheres Budget für den Straßen- und Krankenhausbau sowie für

### Schuldenentwicklung in Baden-Württemberg

Quelle: Statistisches Landesamt, 2010



die Sanierung landeseigener Gebäude: Das sind die „Duftmarken“, die der neue Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid (SPD) setzen will. Das vom Kabinett beschlossene Eckpunktepapier sieht auch vor, auf die Neuauflage des sogenannten Vorgriffsstundenmodells zu verzichten. Bei diesem Modell leisten Lehrer jetzt freiwillig unbezahlte Mehrarbeit, die später ausgeglichen wird.

„Auch sonst bleibt alles im üblichen Rahmen“, beruhigt MdL Nelius. „Trotzdem ist die Haushaltskonsolidierung angesichts der vererbten Schuldenlast für Grün-Rot eine Herkulesaufgabe.“

### Land fördert Krankenhaus Buchen mit zehn Millionen Euro



Landtagsabgeordneter Georg Nelius hat Gewissheit: das Krankenhaus in Buchen kann weiter mit der Förderung seiner Investitionskosten durch das Land rechnen. Die neue baden-württembergische Landesregierung bekennt sich zur dualen Krankenhausfinanzierung. Für Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen, die in zwei Bauabschnitten erfolgen sollen, wird das Krankenhaus Buchen mit zehn Millionen Euro gefördert.

Im ersten Bauabschnitt wird der Pflegebereich erweitert. Die zentrale Patientenaufnahme wird dann im zweiten Bauabschnitt erneuert. Die Umbauten tragen dazu bei, dass sich die Versorgung deutlich verbessern wird. Mit der

finanziellen Unterstützung für die Sanierung, Neubauten oder eine verbesserte apparative Ausstattung von Krankenhäusern wird unmittelbar in die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger investiert. „Ich freue mich, dass es gelungen ist, dass wir den Krankenhäusern schon in diesem Jahr 50 Millionen Euro Landesmittel zusätzlich zur Verfügung stellen können,“ betonte Nelius.

Mit der Aufstockung der Gelder für die Krankenhausfinanzierung wird nicht nur ein Beitrag zur besseren Infrastruktur geleistet, sondern auch zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen beigetragen.

### Grundzüge zukünftiger Bildungspolitik in Baden-Württemberg

Die grün-rote Landesregierung versteht Bildungspolitik als einen Prozess, der von unten aufwächst.

Im Mittelpunkt steht die Verpflichtung, beste Bildungschancen für alle zu schaffen. Kinder und Jugendliche individuell zu fördern, ihre Verschiedenheit als Wert anzuerkennen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten und Potenziale zu entfalten, sind die Leitgedanken der Bildungspolitik. Dazu zählen selbstverständlich auch Kinder mit Behinderungen als Teil unserer Gesellschaft.

Die frühkindliche Bildung ist von großer Bedeutung. Es ist beabsichtigt, den Orientierungsplan für alle Kindertageseinrichtungen verbindlich einzuführen und deren Personalausstattung zu verbessern, mit der Sprachförderung früher zu beginnen und die Kommunen dabei zu

unterstützen, den Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung auch für Kinder unter drei Jahren zu verwirklichen. Besondere Aufmerksamkeit wird hierbei auch Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf geschenkt. Zudem soll die Kooperation der Kindertageseinrichtungen mit den Grundschulen weiter verbessert werden.

Im Schulbereich soll zum Schuljahr 2012/2013 die verbindliche Grundschulempfehlung durch eine qualifizierte Beratung der Eltern ersetzt werden. Das bedeutet, dass die Eltern bereits im Beratungsverfahren im Frühjahr 2012 die Entscheidung über die weiterführende Schule für ihr Kind treffen können.

In Planung ist, zum Schuljahr 2012/2013 das Schulgesetz so zu ändern, dass Kommunen Gemeinschaftsschulen

einrichten können. Gemeinschaftsschulen können zu mehr Chancengerechtigkeit sowie zu besserer individueller Förderung beitragen und sichern insbesondere in ländlichen Räumen wohnortnahe Schulstandorte. Aber es wird nichts angeordnet, sondern den Akteuren vor Ort werden Möglichkeiten zur kommunalen Schulentwicklung eröffnet.

Eltern von Kindern mit Behinderung sollen künftig – nach qualifizierter Beratung – selbst entscheiden können, an welcher Schule ihr Kind unterrichtet wird. Diese Schulen erhalten die für die Inklusion notwendige personelle, räumliche und sächliche Ausstattung.

Ganztagsschulen sind geeignet, die jungen Menschen bestmöglich individuell zu fördern und das Lern- und Arbeitsklima für alle zu verbessern. Deshalb wird der flächendeckende Ausbau von Ganztagsangeboten vorangebracht und mit pädagogischem Personal entsprechend ausgestattet.

Die Schulsozialarbeit soll flächendeckend ausgebaut werden. Das Land wird den Schulträgern dabei ein verlässlicher Partner sein und sich angemessen an der Finanzierung beteiligen.

Die durch die Vorgängerregierung beabsichtigte Sperrung von 711 Lehrerstellen wird nicht vollzogen. Stattdessen stehen diese Stellen im kommenden Schuljahr für die Unterrichtsversorgung zur Verfügung. Außerdem wird in einem Stufenplan die Anzahl der Krankheitsstellvertretungen erhöhen.

Alle Hauptschulen sollen künftig Werkrealschulen werden können. Sie sollen außerdem ab dem Schuljahr 2012/2013 allen Schülerinnen und Schülern die Option eröffnen, ein zehntes Schuljahr zu besuchen - ohne Notenhürde nach der 9. Klasse und mit der Option, den

Hauptschulabschluss entweder am Ende der 9. oder am Ende der 10. Klasse zu machen. Bei der Ausgestaltung der Wahlpflichtfächer sollen die Schulen größere Spielräume erhalten und eine breite berufliche Orientierung gewährleisten.

Die Realschulen werden wir bei den Herausforderungen unterstützen, die eine zunehmend heterogener gewordene Schülerschaft mit sich bringt. Der Übergang von der Realschule auf ein berufliches Gymnasium soll Schülerinnen und Schülern dadurch erleichtert werden, dass die Bildungspläne besser aufeinander abgestimmt werden.

Die allgemein bildenden Gymnasien erhalten ab dem Schuljahr 2012/2013 auf Antrag des Schulträgers und mit Zustimmung der Schulkonferenz die Möglichkeit, zwei Lernwege zum Abitur anzubieten. Grundlage für den neunjährigen Weg zum Abitur ist der Bildungsplan des achtjährigen Gymnasiums.

Die beruflichen Schulen leisten als duale Partner nicht nur in der beruflichen Erstausbildung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und zur Integration, sondern auch im Bereich der Förderung der Ausbildungsreife, beim Erwerb von Hochschulzugangsberechtigungen und in der Weiterbildung. Dazu gehören bei entsprechenden Voraussetzungen der Rechtsanspruch auf den Besuch eines beruflichen Gymnasiums, sowie der schrittweise Abbau des Unterrichtsdefizits. In einem weiteren Schritt sollen an den beruflichen Schulen auch Ganztagsangebote eingeführt werden.





## Tour d' Erftal

Als Werbeaktion für den weiteren Ausbau des Erftalradweges startete die Interessengemeinschaft „Mühlenradweg Erftal“ eine Radtour von Hardheim nach Eichenbühl zum dortigen traditionellen Markttag mit „Rummelsekerb“. Und MdL Georg Nelius unterstrich durch seine Teilnahme seine Unterstützung für die Belange der Interessengemeinschaft tatkräftig.

Während mit dem abgeschlossenen Ausbau des Radweges auf der bayrischen Seite eine durchgehende Befahrung vom Maintal bis nach Pfohlbach möglich ist, endet derzeit die Ausbaustrecke, die zukünftig länderübergreifend die Radwege in der Region vernetzen soll, in der „Fahrradsackgasse Riedern“.

„Schon aus Gründen der Verkehrssicherheit ist der Weiterbau des Radweges bis nach Hardheim unerlässlich.“ betonte MdL Georg Nelius kurz bevor er in Spitzengruppe des „Peloton“ kräftig in die Pedale trat. Umringt war er von prominenten Mitfahrern, darunter MdB Alois Gehrig, Bürgermeister Heribert Fouquet, dem dreifachen Deutschen Meister im „Duathlon“ Johannes Moldau sowie dem Vorsitzenden der Interessengemeinschaft, Manfred Böhner. Ihnen folgten unter polizeilicher Begleitung im geschlossenen Verband über 200 Teilnehmern auf die Etappe durch das Erftal in das bayrische Eichenbühl.

Unterwegs blieb hinreichend Zeit, die schöne Landschaft



entlang der Strecke zu genießen. Für die Teilnehmer war es, abgesehen von ein paar Regenschauern, Genuss pur. Bei der Zielankunft erwartete die Radler an der „Eichenbühler Rummelsekerb“ auch noch der „badisch-bayrische Frühschoppen“.

„Ich würde mich freuen, wenn schon bald alle Fahrrad-Enthusiasten jubeln könnten, wenn das Land Baden-Württemberg die Gelder für den weiteren Ausbau genehmigt.“ so Nelius nach der Zielankunft. „Ich gehe davon aus, dass wir alle mit unserer sonntäglichen Aktion einen guten Beitrag dazu geleistet haben!“

## Grundsteinlegung zum Mosbacher Ärztehaus

Schweres Gerät ist seit kurzem an den Neckar-Odenwald-Kliniken in Mosbach zu Gange: Vor dem Krankenhaus laufen derzeit Abrissarbeiten. Wenn das alte Technikgebäude und die früherer Küche komplett verschwunden sein werden, geht es an den Neubau des Ärztehauses.



Bau Ärztehaus 2011-07-26 08:30:33

MdL Nelius stellt heraus: „Ein Ärztehaus steht vor allem für eines – für Gemeinschaftsleistung und Teamarbeit.“

Das Ärztehaus ist auch ein wichtiger Baustein, um in Zukunft die ärztliche Versorgung im Ländlichen Raum zu garantieren. Dieser Umstand stelle klar, dass der Neubau dieses Ärztehauses eine gute Investition darstelle, die unseren Kreis weiter zukunftsfähig machen werde.

Gleichzeitig werde ja in dem Ärztehaus auch die Bibliothek und Mensa der Dualen Hochschule untergebracht. Damit werde ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zu einem Ausbau der DHBW am Standort Mosbach erreicht.

### Impressum

Wahlkreisbüro MdL Nelius  
Badgasse 7, 74821 Mosbach  
Telefon (0 62 61) 91 49 17  
Telefax (0 62 61) 91 49 18  
buero@georg-nelius.de  
www.georg-nelius.de

Verantwortlich:  
Georg Nelius

Gestaltung/Texte/ Bilder:  
G. Nelius, n.n.  
K. Weidlich

**SPD**